
– DER PRESSESPRECHER –

Richter am Amtsgericht Dirk Simon
Amtsgericht Stralsund • Bielkenhagen 9 • 18439 Stralsund

Telefon: 03831 - 257460 • Mobil: 0176 - 48197332
E-Mail: simon@richterbund.info oder pressearbeit@richterbund.info

P R E S S E M I T T E I L U N G

Gemeinsame Pressemitteilung von Richterbund M-V und Verein „Pro Justiz“ vom 09.12.2014

Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform gelangt heute in den Landtag.

Richterbund M-V und Verein „Pro Justiz“ überreichen der Landtagspräsidentin um 17.00 Uhr im Schweriner Schloss die Unterschriftensammlung mit rund 150.000 Stimmen.

Schwerin. Erstmals in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns wird heute ein Volksbegehren dem Parlament übergeben, welches – da sind sich die Initiatoren sicher – die erforderliche Anzahl von 120.000 gültigen Stimmen nicht nur erreichen, sondern sogar deutlich überschreiten wird.

Nur zwei Monate nach Inkrafttreten der von SPD und CDU beschlossenen Gerichtsstrukturreform überreichen die Initiatoren des Volksbegehrens um 17.00 Uhr in Schwerin der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens zusammen mit den Unterschriftenlisten.

In neun Umzugskartons stapeln sich die über 149.800 Unterschriften auf über 16.800 Listen, die die Reformgegner gesammelt haben, um gegen den Rückzug der Justiz aus der Fläche durch die Schließung von Gerichtsstandorten und Degradierung von Gerichten zu Zweigstellen zu protestieren.

Dabei hat nicht nur das Reformvorhaben selbst für großen Unmut in der Bevölkerung gesorgt, sondern insbesondere auch der Umgang der Regierung und der Regierungsfractionen des Landtages mit den Bedenken der Menschen. SPD und CDU haben sich bei der Durchsetzung ihres Reformwerks von Anfang an unseriös verhalten. Obwohl sie 2012 der Volksinitiative für den Erhalt einer bürgernahen Justiz zustimmten, beschlossen sie 2013 gegen die weit überwiegend ablehnenden Voten in den Fachanhörungen doch die Schließung zahlreicher Gerichtsstandorte.

Die Landeswahlleiterin hat nach der vom Innenministerium erlassenen Verordnung zum Volksabstimmungsgesetz innerhalb von acht Wochen, also bis Anfang Februar 2015, über die Zulassung des Volksbegehrens zu entscheiden. Anschließend muss der Landtag über die Aufhebung bzw. Abänderung seiner Gerichtsstrukturreform entscheiden.

Zu den Chancen einer Änderung erklärte der Vorsitzende des Richterbundes M-V, Axel Peters: „Viele Menschen im Land erwarten, dass die Abgeordneten nicht einfach Reform für Reform abnicken, nur weil diese im Koalitionsvertrag stehen. Sie erwarten, dass Abgeordnete die Sinnhaftigkeit und den konkreten Nutzen jeder Reform auch prüfen. Jetzt bekommen die Abgeordneten noch einmal die Chance dazu, ihrem Wählerauftrag gerecht zu werden.“

Ignorieren SPD und CDU, die sich Sachargumenten und Bürgerinteressen bislang stetig verweigert haben, auch weiterhin das Volksbegehren, schließt sich ein Volksentscheid an, bei dem alle wahlberechtigten Bürger Mecklenburg-Vorpommerns an die Wahlurnen gerufen werden, um selbst über die zukünftige Gerichtsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern zu entscheiden.

Der Richterbund Mecklenburg-Vorpommern ist ein Landesverband des Deutschen Richterbundes (DRB). Der Deutsche Richterbund ist der größte Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Deutschland. 25 Landes- und Fachverbände mit rund 15.500 Mitgliedern vereinigen sich unter seinem Dach. Der Deutsche Richterbund vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Regierungen, Parlamenten und Öffentlichkeit.